

Programmatische Eckpunkte

Entwurf des programmatischen Gründungsdokuments der Partei *DIE LINKE*.

(Beschluss der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG auf ihrer gemeinsamen Beratung am 10. Dezember 2006)

1 Die programmatischen Eckpunkte widerspiegeln das
2 Maß an Gemeinsamkeit, das sich WASG und Linkspartei.PDS auf dem Wege zu einer neuen Partei erarbeitet haben. Diese Gemeinsamkeit ist ein ausreichend stabiles Fundament, um darauf eine neue Partei der Linken zu begründen. Wir werden unterschiedliche Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte bewahren und erschließen, die gemeinsam unsere neue Partei bilden. Die „Programmatischen Eckpunkte“ sind noch kein geschlossenes Parteiprogramm der neuen Linken. An einem solchen Programm mitzuarbeiten – dazu laden wir ein. Wir greifen unterschiedliche Auffassungen zur Analyse, Politik, Weltanschauung und Strategie, zu Widersprüchen und Gemeinsamkeiten produktiv auf und entwickeln sie als Stärke der neuen Partei.

16 Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend. Wir sind Teil der europäischen Linken, der sozialen und Friedensbewegungen.

I. Gemeinsam für eine andere Politik

29 Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Allerdings sind die Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und die Lebenschancen ungleich verteilt. Dabei gibt es neue und auch wachsende Möglichkeiten für ein Leben in Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Doch sie werden von zerstörerischen Prozessen blockiert. Diese sind Folge hoch konzentrierter Kapitalmacht, sie entstehen aus dem Vorrang der internationalen Finanzmärkte und dem Übergang der Herrschenden von einer Politik des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu einer marktradikalen, neoliberalen Politik.

40 Unsere Gesellschaft ist wie viele andere in der Welt von Massenarbeitslosigkeit, von wirtschaftlichen und kulturellen Spaltungen geprägt. Die Zerstörung der Natur und der von Menschen erzeugte Klimawandel nehmen immer bedrohlichere Dimensionen an. Krieg ist wieder zum Mittel der Politik geworden. Imperiale Politik und Fundamentalismus verstärken sich wechselseitig.

47 Unsere Alternative zu diesem entfesselten Kapitalismus ist die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Vielfalt individueller Lebensentwürfe und das Aufbrechen traditioneller Rollen der Geschlechter begreifen wir als eine Chance für Individualitätserneuerung, deren Basis es durch materielle und soziale Sicherheit kollektiv zu sichern gilt. Wir wenden uns gegen eine Politik des Forderns und Förderns, die Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem erklärt. Stattdessen wirken wir für gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Arbeit und

1 Persönlichkeitsentwicklung für alle Menschen ermöglichen. Ein grundlegender Politikwechsel für eine sozial gerechtere Gesellschaft erfordert, die uralte Idee der Solidarität mit Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu verbinden.

6 Wir wollen Grundideen alternativer Politik zusammenführen. Der Kampf gegen den Abbau sozialer Rechte, für eine gerechte Verteilung der Arbeit in einer humanisierten Arbeitswelt und für einen erneuerten solidarischen Sozialstaat ist der im Gründungsprogramm formulierte Ausgangspunkt der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.

18 Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.

25 *DIE LINKE*. leitet ihr politisches Handeln aus dem Zusammenhang von Ziel, Weg und grundlegenden Wertorientierungen ab. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.

38 Dazu machen wir uns im Hier und Heute auf den Weg, gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen patriarchale und rassistische Unterdrückung.

41 Für die Überwindung von Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen ist eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche die Bedingung. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen. Vor allem die profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen muss durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden, wo sie dem Gemeinwohl widerspricht.

52 Wir wollen eine breite Diskussion darüber führen, wie dies konkret realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert und sowohl sozial als auch effizient gestaltet werden kann.

1 In der Bundesrepublik verlangt das Grundgesetz,
2 über Gesetze und Regeln sicherzustellen, dass das Ei-
3 gentum dem Gemeinwohl dient. Die Artikel 14 und 15
4 des Grundgesetzes geben die Möglichkeit, der Zusam-
5 menballung von wirtschaftlicher Macht zu politischer
6 Macht entgegenzuwirken. Demzufolge können Schlüs-
7 selbereiche der Wirtschaft in Gemeineigentum über-
8 führt werden. *DIE LINKE*. erarbeitet konkrete Vorschlä-
9 ge, wie bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft
10 und der Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit
11 in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müs-
12 sen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung
13 zu ermöglichen. *DIE LINKE*. sieht im Vorhandensein un-
14 terschiedlicher Eigentumsformen eine Grundlage für ei-
15 ne effiziente und demokratische Wirtschaft anstatt den
16 weiteren Weg der Privatisierung und Monopolisierung
17 zu beschreiten.

18 Aufgabe linker Politik bei der Schaffung eines mo-
19 dernen Sozialstaates ist der dauerhafte Schutz der
20 Menschen in großen Lebensrisiken wie Krankheit, Ar-
21 beitslosigkeit und Armut. Dazu gehört auch die gesell-
22 schaftliche Verantwortung für Gesundheit, für Wasser-
23 und Energieversorgung, für die Abfallentsorgung, für
24 die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums,
25 für ausreichend kostengünstigen Wohnraum, für öffent-
26 lichen Nah- und Fernverkehr, für allgemein zugängliche
27 kostenfreie Bildung, für ein würdevolles Leben im Alter
28 sowie für die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft.
29 Der Vorrang der Politik auch in der Wirtschaft muss wie-
30 der hergestellt werden. In diesem Sinne sollen sich die
31 gewählten Repräsentanten der Linken für die Gestaltung
32 der Daseinsvorsorge einsetzen.

33 Unsere Partei erhebt einen politischen Richtungs-
34 wechsel zu ihrem strategischen Ziel. Dazu brauchen wir
35 die kritische und solidarische Auseinandersetzung mit
36 der Geschichte linker Praxis in der DDR und der BRD.
37 Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklä-
38 rung und des demokratischen Sozialismus, der großen
39 Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Ar-
40 beiter.

41 Wir treten ein für die Ziele der Frauenbewegung, der
42 Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewe-
43 gung, der globalisierungskritischen Initiativen, der So-
44 zialforen und Bewegungen gegen staatliche Repression,
45 für die Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte.
46 Wir knüpfen an das Engagement all jener an, die sich
47 an der Niederschlagung der verbrecherischen faschisti-
48 schen Diktatur beteiligten und sich für die Beseitigung
49 der Ursachen des Faschismus eingesetzt haben und
50 einsetzen.

51 Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine
52 sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Ka-
53 pitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung
54 der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhält-
55 nisse.

56 Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor
57 den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von
58 Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und
59 verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Miss-
60 brauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozia-
61 lismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerech-
62 tigkeit sind für uns unteilbar.

II. Eine andere Welt ist nötig

1 In den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhun-
2 derts entwickelte sich eine weltweite, vor allem ökonomi-
3 sche Krise. Die Wachstumsraten der schwerfälligen
4 Planwirtschaften des Staatssozialismus sanken stark.
5 Die Ölkrise markierte den Beginn einer verstärkt krisen-
6 haften Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft.
7 Die nachholende Entwicklung des Südens, die mit der
8 Entkolonialisierung hoffnungsvoll begonnen hatte, war
9 in großen Regionen rückläufig. In derselben Zeit ent-
10 standen Bewegungen für mehr Freiheit, Solidarität und
11 Demokratie. Es war die Zeit der Studentenbewegung im
12 Westen, der Überwindung faschistischer Regime in Grie-
13 chenland, Spanien und Portugal, der Siege der Befrei-
14 ungsbewegungen in Vietnam und in den portugiesischen
15 Kolonien. In Chile wurde die sozialistische Entwicklung
16 hingegen von den Herrschenden blutig niedergeschla-
17 gen. In dieser Zeit verstärkten sich die Stagnationsten-
18 denzen im realen Sozialismus. Die gewaltsame Beendi-
19 gung des Prager Frühlings zerschlug damals weltweit die
20 Hoffnung auf die Verbindung von Demokratie und Sozia-
21 lismus. Die kapitalistischen Länder suchten den Ausweg
22 aus der Krise im Neoliberalismus, in der Ablegung sozial-
23 staatlicher „Fesseln“. Als mit dem Zusammenbruch der
24 Sowjetunion das größte Gegengewicht wegfiel, konnten
25 sich die zerstörerischen Tendenzen des ungehemmten
26 Marktes immer mehr entfalten. Heute bestimmen trans-
27 nationale Konzerne und die Kapital- und Finanzmärkte
28 zunehmend die gesellschaftliche Entwicklung.

29 Der Neoliberalismus tritt im Namen von mehr Freiheit
30 an, doch werden alle Lebensbereiche der Kapitalverwer-
31 tung und insbesondere der Steigerung der Aktienkurse
32 auf den Finanzmärkten unterworfen. Neoliberale Kräfte
33 fordern weniger Staat und bauen den Sozialstaat zugun-
34 sten eines repressiven Wettbewerbsstaats ab. Sie berufen
35 sich auf die Demokratie und versuchen, Gewerkschaften
36 und andere demokratische Organisationen und Bewe-
37 gungen zu schwächen. Sie verfolgen eine unsolidarische
38 Politik der Privatisierung, Deregulierung und Unterord-
39 nung aller Lebenssphären unter die Märkte. Sie lösen
40 neue imperiale Kriege aus und verschärfen die Terrorge-
41 fahren. Statt Chancengleichheit zu fördern, vergrößern
42 sie die Kluft zwischen oben und unten. Niedriglohnsek-
43 toren breiten sich aus. Steigende Gewinne gehen einher
44 mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Große Teile der
45 Bevölkerung wenden sich von der Teilnahme an der de-
46 mokratischen Willensbildung ab.

47 Ein Widerspruch wird immer stärker: Auf der einen
48 Seite sind Produktivität, Bildungsstand, wirtschaftliche
49 und technologische Leistungsfähigkeit, internationale
50 Arbeitsteilung, Möglichkeiten von Emanzipation und Indi-
51 vidualitätsentwicklung fortgeschrittener denn je. Armut,
52 Hunger, Durst, ein Leben in Slums, Analphabetismus
53 und viele Krankheiten können überwunden werden. Die
54 überkommene Arbeitsteilung zwischen den Geschlech-
55 tern und die tief sitzenden patriarchalen Verhaltens-
56 muster sind historisch überholt. Ein grundlegend neues
57 Verhältnis zur Natur ist unbedingt erforderlich und auch
58 möglich. Eine globale solidarische Entwicklung aller Völ-
59 ker und Regionen in Frieden, eine Weltgesellschaft der
60 Freien und Gleichen kann das 21. Jahrhundert prägen.

1 Auf der anderen Seite stehen diesen Möglichkeiten
2 die Herrschafts- und Eigentumsstrukturen des moder-
3 neren Kapitalismus entgegen. Durch die globalen Fi-
4 nanzmärkte wirken die Renditeansprüche des Kapitals
5 schrankenlos und weltweit. Arbeitsplatzverlust, Real-
6 einkommensenkung und unsichere Beschäftigungs-
7 verhältnisse sind für viele Menschen Alltag. Die an den
8 Kapitalbedürfnissen ausgerichtete Flexibilisierung der
9 Produktion und des Arbeitsmarktes zerstört das Fami-
10 lien- und Gemeinschaftsleben. Öffentliches Eigentum
11 wird privatisiert und politischer Gestaltung entzogen.
12 Immer schneller wird die Aushöhlung sozialer Sicherheit
13 vorangetrieben. Mögliche Wege zur Zurückdrängung
14 von Arbeitslosigkeit und Armut werden in Deutschland
15 nicht besprochen.

16 Die offen hervortretende Klassenspaltung der Gesell-
17 schaft fällt zusammen mit anderen Unterdrückungsver-
18 hältnissen: Trotz Gleichstellungsbemühungen ist die
19 Privilegierung von Männern strukturell ungebrochen.
20 Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, sexueller Ori-
21 entierung und Religion werden diskriminiert. Rassismus
22 und Antisemitismus nehmen zu.

23 Der globale Kapitalismus verschärft die Umweltkrise.
24 Seine Wirtschaft orientiert sich an kurzfristigen Bör-
25 senkursbewegungen. Dies steht in einem tiefen Wider-
26 spruch zu den langfristigen Zyklen der Natur. Umwelt-
27 technologien sind hoch entwickelt, aber der ökologische
28 Umbau von Wirtschaft und Lebensweisen wird nirgend-
29 wo energisch angepackt.

30 Neoliberaler Kapitalismus bedeutet Entdemokrati-
31 sierung. Bei den internationalen Finanzfonds, trans-
32 nationalen Konzernen und in den supranationalen
33 Organisationen des globalen Kapitalismus – Welthan-
34 delsorganisation, Internationaler Währungsfonds, Welt-
35 bank usw. – ist eine ungeheure Machtfülle konzentriert.
36 Sie sind jeder demokratischen Kontrolle entzogen. Die
37 Substanz der Demokratie wird ausgehöhlt. Mit dem
38 proklamierten „Krieg gegen den Terrorismus“ wird eine
39 massive Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten
40 gerechtfertigt. Es wird immer ungehemmter auch zu
41 barbarischen Methoden der Herrschaft gegriffen.

42 Mit der Europäischen Union ist ein neuer Raum für
43 gemeinsame soziale Kämpfe, Bewegungen für Frieden
44 und nachhaltiges Wirtschaften, für Demokratie und
45 gegen Rassismus und Nationalismus, ein neuer Raum
46 der Klassenkämpfe entstanden. In Europa sind die freie
47 Bewegung des Kapitals, die Verlagerung von Produkti-
48 onsstätten und die Wanderung von Arbeitskräften all-
49 täglich. Der Zusammenschluss von Gewerkschaften,
50 demokratischen Initiativen, der Friedens-, Frauen- und
51 Umweltbewegung steht jedoch erst am Anfang. Die
52 Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordisch Grüne
53 Linke (GUE/NGL) ist im Ergebnis der Wahlen zum Eu-
54 ropaparlament zustande gekommen und trägt wesent-
55 lich dazu bei, einer linken Europapolitik parlamentarisch
56 Profil zu geben. Mit der Partei der Europäischen Linken
57 hat sich eine Kraft auf den Weg gemacht, Mitglieder ver-
58 schiedener linker Parteien in Europa zum gemeinsamen
59 politischen Handeln zu vereinen. Die Europäischen So-
60 zialforen und die europäische Gewerkschaftsbewegung
61 greifen in die sozialen und politischen Auseinander-
62 setzungen ein.

1 Die imperiale Politik unter Führung der Vereinigten
2 Staaten von Amerika zielt auf eine ganz der Kapitalver-
3 wertung untergeordnete Welt, auf die ungehinderte Ver-
4 fügung über Rohstoffe und Energieträger, auf Auswei-
5 tung von Herrschaft und Einflussphären. Aufgekündigt
6 ist die Norm des Völkerrechts, die jeden Angriffskrieg
7 verbietet. Die NATO und die Europäische Union setzen
8 auf globale Eingreiftruppen. Im Namen eines Kreuzzuges
9 gegen den Terrorismus kommen Tausende unschuldiger
10 Menschen ums Leben. Eine Spirale der Gewalt erzeugt
11 immer neue Bereitschaft zu Terrorakten, der menschen-
12 verachtenden Antwort auch auf die Arroganz imperialer
13 Macht und die tiefen Gräben zwischen reichen und ar-
14 men Ländern.

III. Unsere Alternative: Soziale, demokratische und friedensstiftende

Reformen zur Überwindung des Kapitalismus

24 Eine andere Politik ist nötig und möglich. Die neue Lin-
25 ke hat eigene Antworten auf die Herausforderungen der
26 Gegenwart – auf die gewachsene internationale Ver-
27 flechtung, die chronische Massenarbeitslosigkeit, die
28 Krise der sozialen Sicherungssysteme, die Begrenztheit
29 von Ressourcen und der ökologischen Belastbarkeit der
30 Erde, den Wandel der Altersstruktur der Gesellschaft.
31 Wir bestreiten, dass es wegen begrenzter wirtschaft-
32 licher Potenziale unumgänglich ist, von der Bevölkerung
33 Verzicht auf Sicherheit, Selbstbestimmung und eine ho-
34 he Lebensqualität zu verlangen.

35 Die neue Linke legt programmatische Grundzüge
36 einer umfassenden gesellschaftlichen Umgestaltung
37 vor, um die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über
38 Wirtschaft und Gesellschaft zu beenden und den Her-
39 ausforderungen der Gegenwart mit einem alternativen
40 Entwicklungsweg zu begegnen. Es ist ein Programm des
41 Richtungswechsels der Politik und der Erneuerung der
42 Demokratie. Unsere Ziele sind:

43 - eine Demokratisierung der Gesellschaft, die allen glei-
44 che Möglichkeiten der Mitgestaltung des gesellschaft-
45 lichen Lebens garantiert. Dazu gehört auch der Kampf
46 gegen patriarchale Unterdrückung, gegen alle Formen
47 von Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus.

48 - eine soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft: Im
49 Mittelpunkt steht dabei nach wie vor, jeder und jedem
50 die Möglichkeit zur Teilhabe an Erwerbstätigkeit und an
51 deren sozialer Gestaltung zu geben. Dies ist Bedingung
52 und Grundlage für vielfältige andere Tätigkeiten.

53 - eine Wirtschaftsdemokratie, die alle Formen des Ei-
54 gentums an sozialen und ökologischen Kriterien misst.
55 Im öffentlichen Eigentum an Einrichtungen der Daseins-
56 vorsorge und öffentlicher Verfügungsgewalt über sie
57 sehen wir eine unverzichtbare Grundlage einer demo-
58 kratischen und solidarischen Gesellschaft.

59 - eine neue Solidarität auf der Basis moderner öffent-
60 licher Dienstleistungen, solidarischer Sicherungssyste-
61 me und des ökologischen Umbaus der Gesellschaft als
62 Grundlage eines selbstbestimmten Lebens.

1 - eine internationale Ordnung des Friedens, der kollektiven Sicherheit und solidarischen Entwicklung, zu der eine veränderte Europäische Union beitragen soll.

2 Wir streiten für eine Gesellschaft, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt. Zu den Freiheitsgütern, die dies erst ermöglichen, gehören die sozial gleiche Teilhabe der Einzelnen an den Entscheidungen in der Gesellschaft, existenzsichernde, sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Gesundheitsleistungen und soziale Sicherungen. Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).

1. Arbeit: Selbstbestimmt und solidarisch statt abhängig und in Konkurrenz

18 Erwerbsarbeit steht heute mehr denn je in einem Spannungsverhältnis zwischen Streben nach Selbstverwirklichung auf der einen sowie Ausbeutung und Unsicherheit auf der anderen Seite. Ein Teil der Arbeitsverhältnisse ist bestimmt durch mehr Selbstverantwortung der Lohnabhängigen. Gleichzeitig breiten sich soziale Unsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, niedrige Löhne, extreme Abhängigkeit und erzwungene Unterordnung aus. Arbeit im Haushalt, partnerschaftliche Fürsorge, Betreuung und Erziehung von Kindern, soziale Arbeit werden auch weiterhin vor allem von Frauen verrichtet. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten an schlecht bezahlter Arbeit ist besonders hoch.

31 Wir streben eine Gesellschaft an, in der jede Frau und jeder Mann eine existenzsichernde Arbeit ausüben kann. Erwerbsarbeit, Arbeit in Familien und Partnerschaften, Arbeit zur Mitgestaltung der Gesellschaft sowie die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben muss allen Menschen möglich sein. Gesellschaftlich notwendige Arbeiten und die Chancen, am gesellschaftlichen Leben aktiv und mit Einfluss teilnehmen zu können, müssen gleich verteilt sein. Das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.

41 Um dieses Ziel einer Neuorganisation gesellschaftlicher Lebenschancen und Arbeit zu erreichen, setzen wir uns ein für die Zurückdrängung der Macht der Finanzmärkte, für eine deutliche Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede, für die staatliche bzw. öffentliche Verantwortung für alle Felder der Daseinsvorsorge, für die Ausweitung öffentlicher Investitionen, für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung, die Männern und Frauen für Familienarbeit Raum lässt, für die Aufwertung und rechtliche wie finanzielle Absicherung der Eigentumsformen einer solidarischen Ökonomie und ein umfassendes System sozialer Sicherheit.

53 Für die Lohnarbeit heißt dies:

54 - *Arbeitszeitverkürzung*: Wir wenden uns gegen die Verlängerung von Arbeitszeiten und fordern vielmehr ihre Verkürzung als Grundlage einer neuen Verteilung von Erwerbsarbeit. Wir streben eine Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, Wahlarbeitszeiten, erleichterte Sabbatjahre und Freistellung für gesellschaftspolitische Arbeit und andere Arbeitsformen an. Aufgrund der steigenden Produktivität der Arbeit kann dies erreicht werden, ohne dass die Einkommen sinken.

1 - *neue Arbeitsplätze durch ökologischen und sozialen Umbau*, darauf konzentrierte öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme und Förderung technologischer Innovationen im Bereich Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien; den bedarfsgerechten Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie des öffentlichen Personenverkehrs und anderer Bereiche der Daseinsvorsorge.

10 - *öffentlich geförderte und gestaltete Beschäftigungssektoren* mit genossenschaftlichen Elementen, die jene sozialen, kulturellen und ökologischen Bedürfnisse befriedigen, die weder der Markt noch der öffentliche Dienst abdecken.

15 - *eine aktive Arbeitsmarktpolitik*, die sich auf diejenigen konzentriert, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wollen, dass ihnen durch Konzentration öffentlicher Finanzmittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten werden.

22 - *eine Nutzung der Produktivitätsgewinne* für höhere Reallöhne und Arbeitszeitverkürzung.

24 - *einen gesetzlichen Mindestlohn* in existenzsichernder Höhe.

26 - *die Durchsetzung eines neuen Normalarbeitsverhältnisses* auf der Basis der vollen sozialen Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse und der Humanisierung der Arbeit, der Tarifautonomie und der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, eines hohen Kündigungsschutzes und starker Mitbestimmungsrechte aller Beschäftigten sowie der Angleichung der Löhne von Frauen an die der Männer.

34 - *Gültigkeit der inländischen Sozialstandards für alle hier Arbeitenden* durch Ausdehnung des Entsendegesetzes auf alle Branchen und eine grundlegende Reform der europäischen Dienstleistungsrichtlinie, um alle Formen von Dumpingkonkurrenz zu verhindern und gemeinwohlorientierte Dienstleistungen zu sichern.

40 - *Vergabe öffentlicher Aufträge* an solche Unternehmen, die hohe soziale Standards einhalten.

42 Um diese Ziele durchsetzen zu können, wollen wir die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften weiter ausbauen. Aktionen der Gewerkschaften zum Erhalt von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und sozialen Rechten unterstützen wir solidarisch.

2. Wirtschaft und Umwelt: Nachhaltig dem Gemeinwohl verpflichtet statt kapitaldominiert und umweltzerstörend

51 Die herrschende Politik hat die Macht der Finanzmärkte, der transnationalen Kapitalgesellschaften, der Marktsteuerung und der Großkonzerne gestärkt. Fünfhundert Konzerne kontrollieren die Hälfte des Weltsozialprodukts. In den Machtzentren des Finanzkapitals wird weltweit nahezu unkontrolliert über Investitionen, Arbeitsplätze und die Lebensperspektiven von Milliarden Menschen entschieden. Die Kapitalrendite ist wiederum zum Maß aller Verhältnisse geworden. Die heutige Wirtschaftsordnung führt zu Niedriglohnkonkurrenz, Armutsmigration, Umweltzerstörung, bedrohlichen Klimawandel, schreiender Ungerechtigkeit und Elend für sehr viele Menschen.

Um ein selbstbestimmtes Leben, sinnvolle und sozial gestaltete Arbeit für alle zu ermöglichen, einen ökologischen Umbau einzuleiten, die sozialen Sicherungssysteme zu erneuern und solidarische Entwicklung global zu ermöglichen, ist ein grundsätzlicher Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unumgänglich.

DIE LINKE. tritt für das Primat demokratischer Politik über die Wirtschaft sowie für einen sozialen und ökologischen Wandel in der Europäischen Union ein. Alternative Wirtschaftspolitik ist gestaltende Politik. Sie zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik gegen deren Unterordnung unter Marktzwänge. Sie misst längerfristiger Struktur-, Wissenschafts- und Technologiepolitik erhebliches Gewicht bei. Gewinnerorientiertes unternehmerisches Handeln ist wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, führt jedoch zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, zunehmender sozialer Ungleichheit und Spaltung, wenn es nicht gesellschaftlichen Schranken und Regeln unterworfen wird. Deshalb strebt *DIE LINKE.* eine neue sozial-ökologische Rahmensetzung für die Marktmechanismen an, weil ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen. Für mehr Investitionen und die Sicherung des Sozialstaats braucht der Staat Geld. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Durch höhere Einnahmen kann auch die Verschuldung sozial gerecht abgebaut werden.

Wir streiten für die Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Die nachhaltige Bewahrung und Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt ist eine zutiefst soziale Angelegenheit und zentrale Säule von Gerechtigkeit. Es sind die armen, benachteiligten Bevölkerungsschichten, die national und international am meisten unter Luftverschmutzung, Lärm, ungesunder Nahrung, Trinkwassermangel, dramatischen Klimaveränderungen sowie dem Preisanstieg knapper natürlicher Ressourcen zu leiden haben. Natur- und Umweltzerstörung berauben künftige Generationen ihrer Lebensgrundlagen.

Zur Einleitung einer wirtschafts- und umweltpolitischen Umkehr setzen wir uns ein für

- *öffentliche beschäftigungsfördernde Zukunftsinvestitionsprogramme:* Die öffentlichen Investitionen und andere Ausgaben in Erziehung und Bildung, Forschung, Kultur, ökologischen Umbau und öffentliche Infrastruktur müssen mindestens um jährlich 40 Milliarden Euro angehoben werden. Eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze können so geschaffen werden.

- *gerechte Steuerpolitik:* Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen. Es soll wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden, die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften ist zu erhöhen. Steuerschlupflöcher, die insbesondere Vermögende und Großverdiener begünstigen, sind konsequent zu schließen, und Wirtschaftskriminalität ist unterschiedener zu bekämpfen. Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Wertpapieren und Immobilien wollen wir ohne Spekulationsfristen besteuern. Der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer soll auf mindestens 50 Prozent angehoben werden. Wir fordern eine Steuer- und

Finanzreform, die die Länder und Kommunen mit den notwendigen Mitteln für eine nachhaltige Entwicklung ausstattet.

- *ökologischen Umbau der Energieversorgung.* Vorrangiges Ziel ist eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Netze in öffentliche Hand und die demokratische Kontrolle der Energiepolitik. Steigerung der Energieeffizienz, Senkung des Energieverbrauchs und strikte Ausrichtung auf erneuerbare Energien sind zur Lösung der Energieprobleme notwendig. Wir wollen einen beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie, lehnen neue Atomkraftwerke und den Export von Atomtechnik ab.

- *nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen.* Umweltbelastende Stoff- und Energieflüsse sollen vermieden und Ressourceneffizienz von Wertschöpfungsketten gesteigert werden. Dazu gehört eine umfassende Umweltbildung.

- *soziale und ökologische Verkehrspolitik.* Die Gewährleistung von Mobilität muss in den Mittelpunkt rücken. Wir brauchen Alternativen zum individualisierten PKW-Verkehr. Neben stadt- und raumplanerischen Maßnahmen soll der öffentliche Personenverkehr ausgebaut und durch neue Angebote ergänzt werden. Privatisierungen sind zu stoppen. Güterverkehr gehört auf die Schiene.

- *umweltgerechte regionale Wirtschaftskreisläufe.* Die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten aus Handwerk und Landwirtschaft soll gefördert werden, um Transporte zu vermeiden und die regionale Wertschöpfung zu steigern.

- *den Ausbau der ökologischen Land- und Waldbewirtschaftung* und die Förderung eines deutschland- und europaweiten *Schutzgebietsystems* zur Erhaltung der Artenvielfalt. Das Tierschutzgesetz ist konsequent durchzusetzen und zu verbessern.

- *ein Steuer- und Abgabensystem,* das umweltfreundliches Handeln fördert und die Umwelt schädigendes Verhalten belastet.

- *die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und die Dezentralisierung privater wirtschaftlicher Macht:* Dies verlangt unter anderem Beschränkung der Wertpapier- und Devisenspekulation, europäische Regelungen für die Eindämmung von Kapitaltransfers in Steueroasen sowie eine Verschärfung der Kartellgesetzgebung.

- *die Förderung von Genossenschaften* und anderer Formen solidarischer Ökonomie.

3. Sozialsysteme: Sicherheit und Förderung für jede und jeden statt Zwang und soziale Spaltung

Sozialabbau, Privatisierung, Massenarbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung und stagnierende bzw. sinkende Einkommen haben die bisherigen Sozialsysteme in eine Krise geführt. Diese Sozialsysteme entsprechen in ihrer heutigen Form nicht mehr den neuen Lebensläufen und Bedürfnissen der Menschen. Die solidarischen Sicherungssysteme und der Sozialstaat sind eine wesentliche Errungenschaft. Nur auf Rechtsansprüchen gegründete soziale Sicherheit ermöglicht Freiheit für alle, nicht allein für die Vermögenden. Wir wollen einen demokratischen Sozialstaat mit sozialen Mindeststandards, die allen Mitwirkung und Miteinscheiden ermöglichen.

Wir setzen uns für eine Erneuerung des Sozialstaats und der öffentlichen Dienstleistungen ein. Soziale Sicherheit soll der Entfaltung der Persönlichkeit Rückhalt geben, einen umfassenden Schutz aller Mitglieder der Gesellschaft vor den großen sozialen Risiken, eine Sicherung des Lebensstandards im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit gewährleisten, Armut verhindern und die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt der Lebensweisen ermöglichen.

Zur Verwirklichung dieser Aufgaben treten wir ein:

- für die Überwindung der Hartz-Gesetze.

- für die Demokratisierung sozialer Sicherungssysteme, die Stärkung ihrer solidarischen Elemente und die Erneuerung ihrer Selbstverwaltung.

- für eine stärkere Orientierung am Individualprinzip im Steuer- und Sozialrecht: Damit soll die staatliche Bevorzugung des Alleinernährermodells überwunden werden.

- für die Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung: Wer von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine individuelle, steuerfinanzierte, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben. Zumutbare Arbeitsangebote müssen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt sein. Den Zwang zur Aufnahme jeglicher Jobs lehnen wir ebenso ab wie erzwungene Erwerbslosigkeit. Wir diskutieren mit unterschiedlichen Partnern weiter über Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

- für eine neue Rentenpolitik: Mit höheren Löhnen müssen auch wieder die Renten steigen. Die gesetzliche Rentenversicherung soll in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die schrittweise Angehörige aller Berufsgruppen einbezogen werden. Wir fordern, Diskriminierungen im Rentenrecht für Ostdeutsche endgültig zu beseitigen. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 65 Jahre lehnen wir ab. Notwendig sind flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. Dies gilt insbesondere für Beschäftigte mit belastenden Arbeitsbedingungen, zum Beispiel Schichtbeschäftigten. Mindestens sollen die Altersteilzeit weitergeführt und der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtert werden.

- für eine neue Seniorenpolitik: Alter ist für uns ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf und an dessen Mitgestaltung Seniorinnen und Senioren aktiv teilhaben wollen. Wir wollen, dass die Lebensleistungen der älteren Generation geachtet und die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotenzial der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger gefördert und genutzt werden.

Die Zustände in Alters- und Pflegeeinrichtungen, die Betreuung sowie der Umgang mit alten Menschen sind unbefriedigend und teilweise menschenunwürdig. Wir wollen, dass alle erforderlichen Bedingungen geschaffen werden, um Älteren, insbesondere Kranken und Menschen mit Behinderungen, eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu garantieren. Altersarmut ist zu verhindern.

- für eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen: Die gesamte Bevölkerung soll in der gesetzlichen Krankenversicherung erfasst sein, die alle

medizinisch notwendigen Leistungen trägt. Sämtliche Einkommen sollen einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenzen deutlich angehoben werden. Wir wollen die paritätische Finanzierung der Beiträge durch die Arbeitgeber wieder herstellen. Zu prüfen ist die Umstellung oder Ergänzung der Arbeitgeberbeiträge der sozialen Sicherungssysteme durch eine Wertschöpfungsabgabe.

- für einen Umbau des Gesundheitswesens: Durch Strukturreformen soll die hochwertige medizinische Versorgung für alle gewährleistet werden. Dringlich sind eine bessere Kooperation zwischen den Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern und allen Leistungserbringern, die Förderung von Gesundheitszentren, die Begrenzung der Profite der Pharmakonzerne unter anderem durch Einführung einer Positivliste für Arzneimittel, ein größeres Gewicht von Vorbeugung und Nachsorge und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung für das medizinische und pflegerische Personal sowie gestärkte Rechte der Patientinnen und Patienten.

- für den Erhalt der öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge und die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung: Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität, Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigen wir die öffentliche Daseinsvorsorge und treten für ihre Ausweitung ein. Wir wollen den Verkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.

4. Politik: Mehr Demokratie wagen statt autoritäre „Sachzwangspolitik“

Das Grundgesetz ist mit seinen Grundprinzipien der unantastbaren Menschenwürde, des sozialen Rechtsstaats und der Demokratie ein Ausgangspunkt unserer Politik, weil darin eine demokratische Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung mit dem Ziel einer gerechten, friedlichen Gesellschaft verankert ist. In diesem Sinne ist das Grundgesetz geradezu eine Aufforderung zum demokratischen Sozialismus.

In immer mehr Bereichen der Gesellschaft registrieren wir eine Einschränkung demokratischer Rechte auch mittels internationaler Organisationen und europäischer Einrichtungen. Der sogenannte Krieg gegen den Terror wird für den Abbau von Grund- und Freiheitsrechten genutzt. Dem Verbreiten von Misstrauen und Verdächtigungen, insbesondere gegenüber Muslimen, setzen wir eine Kultur des Dialogs und der Zusammenarbeit entgegen.

Wir verlangen, dass über die wirtschaftliche, politische und kulturelle Ordnung unserer Gesellschaften und ihre Entwicklung demokratisch entschieden wird.

Wir wollen eine Demokratisierung der Demokratie und fordern:

- die Stärkung der individuellen Rechte: Staatliches Handeln muss immer überprüfbar und die Einzelnen müssen vor ungerechtfertigten Zugriffen des Staats geschützt sein. Deswegen ist der Rechtsstaat mit der Rechtsweggarantie für uns ein hohes Gut, und wir brauchen unabhängige Kontrollinstanzen gegenüber den staatlichen Sicherheitsorganen. Wir halten an der strikten Trennung von Polizei und Bundeswehr sowie von Polizei und Geheimdiensten fest. Das regelmäßige Recht, selbst über

1 die eigenen Daten und ihre Verwendung zu bestimmen,
 2 ist und bleibt für uns unaufgebbar.

3 - *Wirtschaftsdemokratie:* Wir streben die Demokratisierung
 4 der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht
 5 an. Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten,
 6 ihrer Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter
 7 der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals
 8 demokratischen Interessen untergeordnet werden. Das
 9 Recht auf den politischen Streik, einschließlich des
 10 Generalstreiks, muss ausgeübt werden können.

11 - *Lebenswerte Kommunen:* Wir erachten es für
 12 dringend erforderlich, die Stellung der Kommunen im
 13 föderalen System auszubauen. Die Ausgestaltung der
 14 kommunalen Selbstverwaltung muss auf die Gewährleistung
 15 politischer, wirtschaftlicher, sozialer, juristischer und
 16 finanzieller Freiheiten ausgerichtet sein. Die kommunale
 17 Wirtschaftstätigkeit ist eine gleichberechtigte Säule des
 18 ökonomischen Systems. Die Formen des kommunalen
 19 Eigentums müssen im Interesse der Daseinsvorsorge
 20 erhalten bleiben. Den Kommunen soll ein höherer Anteil
 21 am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik zugewiesen
 22 werden, damit Selbstverwaltung verwirklicht werden kann.
 23 Mittels der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen die
 24 Kommunen qualitativ hochwertige Leistungen erbringen
 25 und dabei sozialen und ökologischen Erfordernissen
 26 Rechnung tragen können. *DIE LINKE.* steht für eine
 27 Entwicklung hin zur Bürgerkommune – unter anderem
 28 mit partizipativem Haushalt –, in der die Menschen
 29 ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten.
 30

31 - *Geschlechterdemokratie:* Trotz verfassungsrechtlich
 32 garantierter Gleichberechtigung ist die ungleiche
 33 Verteilung von Chancen zwischen Frauen und Männern
 34 nicht aufgehoben. Politische und wirtschaftliche
 35 Macht sind patriarchal geprägt. Der Grad gesellschaftlicher
 36 Demokratie misst sich für uns an der Freiheit von Frauen
 37 und Männern, den eigenen Lebensentwurf frei von
 38 Rollenklischees umsetzen zu können. Die gerechte
 39 Verteilung von Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit
 40 zwischen den Geschlechtern ist eine wichtige Voraussetzung
 41 dafür. Wir brauchen Gleichstellungsgesetze, auch für
 42 die Privatwirtschaft, und Frauenförderungsprogramme.
 43 Elementar ist die Selbstbestimmung von Frauen über
 44 ihren Körper. Deshalb: Abschaffung des § 218. Gewalt
 45 an Frauen, Gewalt von Männern gegen Frauen muss
 46 öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden.
 47 Betroffene Frauen und Kinder brauchen Rechtsschutz,
 48 ein funktionierendes Netz von Unterstützungs- und
 49 Beratungsstellen.

50 - *aktive Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik:*
 51 Diskriminierung aufgrund der Merkmale Alter, Geschlecht,
 52 sexuelle Identität, Behinderung, ethnische und religiöse
 53 Zugehörigkeit lehnen wir ab. Wir wollen eine aktive
 54 Gleichstellungspolitik, die Benachteiligung und
 55 Stigmatisierung in Arbeit und Zivilgesellschaft entgegenwirkt.
 56 Dies erfordert unter anderem ein effektives,
 57 umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, das die
 58 Möglichkeit der Verbandsklage einschließt.

59 - *eine enge Verbindung von parlamentarischer und direkter
 60 Demokratie:* Volksbegehren und -entscheide sowie
 61 Bürgerhaushalte sollen mehr Einfluss und Mitbestimmung
 62 der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

1 - *die Stärkung demokratischer Mitwirkung:* Für Umweltorganisationen,
 2 Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere
 3 zivilgesellschaftliche Kräfte sowie Bürgerinnen und Bürger
 4 wollen wir demokratische Planungs-, Kontroll- und
 5 Einspruchsrechte.

6 - *gleiche Rechte:* Allen in Deutschland und der Europäischen
 7 Union lebenden und arbeitenden Menschen stehen gleiche
 8 Rechte einschließlich des Wahlrechts zu. Wir begreifen die
 9 Herkunft der heute in Deutschland Lebenden aus unterschiedlichen
 10 Kulturkreisen als Bereicherung und nehmen die Gestaltung
 11 der Integration der eingewanderten und schon lange hier
 12 lebenden Bevölkerung als gesellschaftliche Herausforderung
 13 an. Für die auf deutschem Staatsgebiet lebenden Minderheiten
 14 (Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben) fordern wir
 15 eine Erweiterung ihrer Partizipationsrechte und eine
 16 angemessene öffentliche Förderung zum Erhalt und zur
 17 Weiterentwicklung ihrer Sprachen und Kulturen.

18 - *Sozialer Rechtsstaat:* Der verfassungsrechtlich garantierte
 19 und dem Zugriff des Gesetzgebers entzogene Grundsatz
 20 des sozialen Rechtsstaats ist Weg und Ziel linker
 21 Rechtspolitik. Der Begriff des sozialen Rechtsstaats zielt
 22 auf eine Veränderung des Verhältnisses von Staat,
 23 Wirtschaft und Gesellschaft ab. Entscheidend am Gedanken
 24 der Sozialstaatlichkeit ist die Aufforderung, die Wirtschafts-
 25 und Sozialordnung in einem dynamischen, demokratischen
 26 Prozess sozial neu zu gestalten. Solidarität ist als Bestandteil
 27 des Sozialstaatsgebots Grundprinzip der Verfassung. Das
 28 Sozialstaatsgebot soll durch Festschreibung der Prinzipien
 29 der sozialen Gerechtigkeit und des Gebots der staatlichen
 30 Absicherung der wichtigsten Lebensrisiken konkretisiert
 31 werden. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört es auch, für eine
 32 gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu
 33 sorgen. Soziale Grundrechte sollten zur Durchsetzung
 34 des Sozialstaats zusätzlich in das Grundgesetz aufgenommen
 35 werden.

36 - *offene Grenzen für Menschen in Not:* Wir setzen uns
 37 für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl ein
 38 und werben für eine Harmonisierung des Asylrechts in
 39 Europa auf hohem Niveau.

40 - *Ächtung des Rechtsextremismus und Neonazismus:*
 41 Diese Kräfte werden wir politisch bekämpfen, den öffentlichen
 42 Raum gegen sie verteidigen und die antifaschistische
 43 Bildungsarbeit intensivieren. Deswegen wollen wir
 44 zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus
 45 stärken, unter anderem dadurch, dass entsprechende
 46 Initiativen und Beratungsteams öffentliche Mittel erhalten.

5. Geschlechtergerechtigkeit: Anerkennung vielfältiger Formen des Zusammenlebens statt Privilegierung der Ehe

1 Wir verbinden die Erfahrungen der Frauenbewegungen
 2 in Ost und West mit unterschiedlichen feministischen
 3 Politikansätzen. Dies bietet die Chance, eine feministische
 4 Lesart ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse
 5 und eine entsprechende politische Gestaltung in der
 6 Arbeitswelt, der Bildung, den Sozialsystemen, der
 7 Öffentlichkeit und in der eigenen Organisations- und
 8 Politikentwicklung voranzubringen.

1 In der Konsequenz entwerfen wir eine positive Gleich-
2 stellungspolitik für Frauen, die den Zugang zu gesell-
3 schaftlichen Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen
4 Lebensformen aufzudrängen, die sie mit Verzicht auf
5 persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bezahlen. Die
6 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine
7 frauenpolitische Forderung nach Anerkennung fach-
8 licher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer
9 als auch für Frauen um nicht weniger als ein Umden-
10 ken und Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit – ob
11 am Computer, im Haushalt, an der Werkbank, auf dem
12 Spielplatz oder bei der Pflege von Angehörigen.

13 Für uns sind Quotierung, ein Gleichstellungsgesetz
14 für die Privatwirtschaft, gleicher Lohn für gleichwertige
15 Arbeit, bedarfsdeckender Ausbau von Ganztageeinrich-
16 tungen zur Kinderbetreuung zentrale politische Forde-
17 rungen. Die Trennung in männliche und weibliche soziale
18 Rollen, die strukturelle Diskriminierung des weiblichen
19 Geschlechts müssen aufgehoben werden.

20 Wir wollen die bestehenden patriarchalen Rege-
21 lungen im Sozial- und Steuerrecht beseitigen. Soziale
22 Beziehungen der Geschlechter müssen den Charakter
23 eines Herrschaftsverhältnisses verlieren. Wir fordern
24 politische Instrumente, die familiäre Abhängigkeiten
25 aufheben und gegenseitige Verantwortung in allen
26 unterschiedlichen Lebensformen stärken, denn die
27 Institution der bürgerlichen Ehe kann nicht die einzige
28 anerkannte Familienform sein. Ein neues Familienbild
29 muss auch die Lebensweisen von Schwulen, Lesben,
30 Bisexuellen und Transgendern einschließen. Notwendig
31 ist eine aktive Politik für Menschen mit Kindern, egal in
32 welchen Beziehungsformen sie zusammen leben. Das
33 Modell von der Rolle des Mannes als Ernährer der Fa-
34 milie gehört der Vergangenheit an. Neue Beziehungen
35 von Angehörigen entstehen. Sie benötigen rechtliche
36 Anerkennung.

38 **6. Wissenschaft und Bildung, Medien und Kultur:** 39 **Beitrag zu Aufklärung und Emanzipation** 40 **statt Selbstvermarktung**

41 Die Ergebnisse der Wissenschaften und die Revolution
42 der Informations- und Kommunikationstechnologien ha-
43 ben die Chancen für die freie Entwicklung der Einzelnen
44 erhöht. Doch der Zugang zu Wissenschaft, Bildung, Kul-
45 tur und Information ist gerade in Deutschland nicht allen
46 in gleicher Weise möglich. Neoliberale Strategien ord-
47 nen diese Potenziale der Standortkonkurrenz und dem
48 Zwang zur Selbstvermarktung unter. Statt auf umfas-
49 sende Bildung wird auf kurzfristig verwertbares Wissen
50 gesetzt. Die Möglichkeiten des Bildungserwerbs werden
51 unter diesem Blickwinkel eingeschränkt. Wissenschaft-
52 liche Arbeit muss weit stärker auf die entscheidenden
53 ungelösten Probleme der Gesellschaft konzentriert wer-
54 den. Das verbietet eine Unterwerfung der Wissenschaft
55 unter betriebswirtschaftliche Kriterien.

56 Mit unseren politischen Alternativen wollen wir die
57 Teilhabe jedes Menschen am gesamten Reichtum von
58 Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information ermög-
59 lichen, die kreativen Potenziale wecken und die Be-
60 teiligung an gesellschaftlicher Veränderung stärken.
61 Bildungserwerb, kultureller Austausch und Medienkom-
62 petenz sollen ein eigenständiges und freies Leben er-

möglichen. Wissenschaft und Kultur sind ein demokratisches Gut und der Allgemeinheit verpflichtet.

Dazu gehören:

4 - *Bildung von Anfang an:* Jedes Kind muss das Recht auf
5 eine gebührenfreie ganztägige Betreuung in Kinderta-
6 gesstätten haben. Die vorschulische Bildung muss auf-
7 gewertet werden.

8 - *längeres gemeinsames Lernen in einem wohnortnahen*
9 *und öffentlichen Bildungssystem.* Ziel ist eine integrative
10 Schule für alle Kinder von der ersten bis mindestens zur
11 neunten Klasse, die eine soziale Auslese beendet und
12 Kinder und Jugendliche sowohl bei Lernschwächen als
13 auch in ihren Begabungen individuell fördert. Wir wollen
14 Ganztagschulen unterstützen und ein flächendecken-
15 des Angebot ganztägiger Bildung gewährleisten.

16 - *breite außerschulische Bildungsangebote:* Das bezieht
17 sich vor allem auf umfangreiche Angebote der Volks-
18 hochschulen, Musikschulen, Bibliotheken, Kinder- und
19 Jugendklubs sowie Sportstätten.

20 - *das Grundrecht auf Ausbildung:* Der Rückzug der Ar-
21 beitegeber aus ihrer Verantwortung für die berufliche
22 Bildung muss gestoppt werden. Wir setzen uns für ein
23 flächendeckendes und auswahlfähiges Ausbildungsplat-
24 zangebot ein. Dazu brauchen wir die gesetzliche Umla-
25 gefinanzierung.

26 - *die Abschaffung von Gebühren im Bildungsbereich:*
27 Bildung ist für uns ein öffentliches Gut, das wegen sei-
28 ner Bedeutung für die Gesellschaft und jeden einzelnen
29 Menschen kostenfrei zugänglich sein soll. Deshalb leh-
30 nen wir Studiengebühren in jeder Form ab und setzen
31 uns für eine Lehrmittelfreiheit an den Schulen ein. Schü-
32 lerinnen, Schüler und Studierende aus einkommens-
33 schwachen Haushalten muss wieder eine ausreichende
34 Ausbildungsförderung gewährt werden.

35 - *die Demokratisierung der Hochschulen:* Die profitori-
36 entierte Einflussnahme auf Universitäten und Hochschu-
37 len soll zurückgedrängt und die öffentliche Finanzierung
38 ausgebaut werden. Wir streben an den Hochschulen eine
39 drittelparitätische Selbstverwaltung an. Der Zugang
40 zu allen Studienabschlüssen soll frei bleiben. Übergänge
41 aus der beruflichen Bildung in die Hochschulen müssen
42 erleichtert werden.

43 - *Weiterbildung für alle:* Wir fordern eine bessere Quali-
44 tät in der Weiterbildung und die öffentliche Verantwor-
45 tung für diesen Bereich. Die ungenügende öffentliche
46 Finanzierung von Weiterbildung und die Reduzierung der
47 Weiterbildung auf die Sicherung von Beschäftigungsfä-
48 higkeit müssen gestoppt werden. Wir treten ein für eine
49 Ausweitung der Ausbildungsförderung auf den Weiterbil-
50 dungsbereich und für ein Bundesweiterbildungsgesetz.

51 - *eine Neuausrichtung der Forschung:* Wir treten ein für
52 die Stärkung der Grundlagenforschung, für ein ausge-
53 wogenes Verhältnis von theoretischer und anwendungs-
54 orientierter Forschung und Lehre, für den Abbau hierar-
55 chischer Strukturen und größere Selbstständigkeit des
56 wissenschaftlichen Mittelbaus. Wir wenden uns gegen
57 Patente auf Gene von Lebewesen oder Teilen von Le-
58 bewesen, insbesondere von Menschen, sowie auf Soft-
59 ware. Wir unterstützen die Open Source- und Open Ac-
60 cess Software-Bewegung.

61 - *kulturelle Freiheit und Vielfalt:* Kultur- und Medien-
62 politik sollen der Trägervielfalt kultureller Produktion

1 gerecht werden, öffentliche und gemeinnützige Institu-
2 tionen, unabhängige Verlage, Studios, Agenturen und
3 künstlerische Produktionsfirmen fördern.

4 - *kooperativer Kulturföderalismus mit europäischer Di-*
5 *mension:* Er hat lebenswerte Kommunen zum Ausgangs-
6 punkt, die in der Lage sind, das regionale Kulturleben
7 in allen sozialen Milieus zu fördern und Freiräume für
8 die kulturelle Selbstbestimmung aller Altersgruppen zu
9 gewährleisten.

10 - *Informations- und Meinungsfreiheit:* Wir wollen den
11 öffentlich-rechtlichen Rundfunk sichern und die Presse-
12 freiheit in den Redaktionen der Medienkonzerne stärken.
13 Eine deutliche Verschärfung der Kartellgesetzgebung
14 soll die Monopolisierung der Massenmedien beenden.
15 Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber
16 den Verwertungsunternehmen wollen wir stärken und
17 zugleich einen Ausgleich finden, damit die nichtkom-
18 merzielle Nutzung möglichst wenig eingeschränkt wird.

20 **7. Ein Neubeginn für Ostdeutschland und** 21 **strukturschwache Gebiete Westdeutschlands** 22 **statt Zurückbleiben und Spaltung**

23 Ostdeutschland braucht einen neuen Ansatz der Politik.
24 Eine Politik des „Weiter so“ ist unverantwortlich. Es ist
25 höchste Zeit für einen Perspektiven- und Strategiewech-
26 sel, denn die Form der deutsch-deutschen Vereinigung
27 und der weitgehende Verzicht auf eine gestaltende Poli-
28 tik mit Blick für die Spezifik der ostdeutschen Probleme
29 haben das Land zwischen Elbe und Oder in eine struktu-
30 rell abhängige Transferregion verwandelt. Überdies ver-
31 schärft die Standortkonkurrenz die regionale Ungleich-
32 heit – auch zu Lasten strukturschwacher Regionen in
33 Westdeutschland.

34 Mit der Art und Weise eines achtungsvollen partner-
35 schaftlichen Zusammengehens unserer beiden Parteien
36 zu einer neuen Linken haben wir zugleich ein Zeichen für
37 die Überwindung politischer und kultureller Gegensätze
38 zwischen Ost und West in Deutschland gesetzt.

39 Unsere Partei wird auch bei künftig stärkerer Veran-
40 kerung in West wie Ost ihre historisch gewachsene be-
41 sondere Verantwortung für die Vertretung ostdeutscher
42 Interessen im deutschen Parteiensystem wahrnehmen.
43 Beim Beitritt der DDR zur BRD sind wichtige Erfahrungen
44 aus der DDR, wie eine umfassende Kinderbetreuung, ein
45 modernes Schul- und Bildungssystem, die ökonomische
46 Gleichstellung der Frauen, ortsnahe Kultureinrichtungen
47 und das Prinzip der Polikliniken, auf ihre eventuelle
48 Übernahme für Gesamtdeutschland weder geprüft noch
49 übernommen worden. Dagegen wurden wissenschaft-
50 liche und kulturelle Potenziale, soziale Leistungsstan-
51 dards und vielfältige direkte gesellschaftspolitische Mit-
52 wirkungsmöglichkeiten der Menschen in Ostdeutschland
53 zerstört, die Lebenserfahrungen und -leistungen vieler
54 DDR-Bürgerinnen und -Bürger missachtet und nicht als
55 Bereicherung und Gewinn für ein vereintes Deutschland
56 angesehen.

57 Wir wollen einen demokratischen und sozialen Wan-
58 del für die ganze Bundesrepublik und in diesem Rahmen
59 besondere Anstrengungen für eine selbsttragende wirt-
60 schaftliche und soziale Entwicklung Ostdeutschlands.
61 Eine andere gesamtwirtschaftliche Politik in Deutsch-
62 land ist dafür eine notwendige Bedingung. Angesichts

1 von Grundproblemen, die allein durch Marktmecha-
2 nismen nicht erfasst werden, verlangt die Gestaltung
3 neuer Entwicklungswege für Ostdeutschland eine neue
4 gesamtdeutsche Innovations-, Investitions- und Struk-
5 turpolitik sowie eine in den lokalen Räumen, Regionen
6 und Ländern verstärkte Förderung der Selbstorganisati-
7 on von unten.

8 Notwendig sind besonders

9 - *Anerkennung und Respekt:* Wir treten für die Achtung
10 vor den Lebensleistungen der Menschen in Ost und
11 West ein. Wir wollen, dass die besonderen Erfahrungen
12 der Ostdeutschen nicht länger in den Wind geschlagen
13 werden. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit
14 und die Beseitigung aller Diskriminierungen Ostdeut-
15 scher im Rentensystem.

16 - *lebenswerte Rahmenbedingungen:* Besonders für jun-
17 ge Menschen müssen Bildung, Kultur-, Freizeit- und Kin-
18 derbetreuungseinrichtungen, interessante Arbeitsplätze
19 und Vereinbarkeit von Familie und Beruf so entwickelt
20 werden, dass es sich lohnt, in Ostdeutschland zu blei-
21 ben.

22 - *eine neue Regionalpolitik:* Das heißt vor allem eine
23 Konzentration auf die in allen Regionen vorhandenen,
24 jedoch ganz unterschiedlichen Entwicklungspotenzi-
25 ale – gleich ob Hightech, gewerbliche Wirtschaft, Hoch-
26 schulen, Gesundheitswirtschaft, Kultureinrichtungen,
27 Naturtourismus, Bio-Landwirtschaft – und ihre gezielte
28 Förderung als Bedingung des Erhalts der vorhandenen
29 und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Notwendig ist
30 die kooperative Verflechtung von Wachstumszentren,
31 strukturschwachen, ländlichen und peripheren Räumen.
32 Erforderlich sind spezifische regionale Entwicklungs-
33 konzepte, die eine lebenswerte Zukunftsperspektive für
34 alle Regionen schaffen.

35 - *verstärkte Investitionen in Bildung, Qualifikation und*
36 *Forschung:* von den Kindertagesstätten über Hochschu-
37 len und Forschungseinrichtungen bis zu innovativen Un-
38 ternehmen und Wirtschaftskreisläufen.

39 - *eine veränderte Industrie-, Landwirtschafts- und Struk-*
40 *turpolitik:* Sie soll Zukunftsbranchen und -unternehmen
41 fördern und gemeinsam mit Wissenschaftseinrichtungen
42 Zentren regionaler Wirtschaftsentwicklung schaffen, die
43 zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe beitragen.
44 Bedingungen dafür sind ausreichende Kreditvergabe
45 durch Landesbanken und Sparkassen an die oft eigen-
46 kapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen sowie
47 Planungssicherheit für die Verfügung über Mittel aus der
48 EU, dem Bundeshaushalt und dem Solidarpakt. Länder
49 mit besonders großen Struktur- und Haushaltsproble-
50 men sollen statt der Hälfte nur noch einen kleineren Teil
51 der Fördermittel kofinanzieren müssen.

53 **8. Internationale Politik und Europäische Union:** 54 **Eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit** 55 **und Demokratie statt Militarisierung und** 56 **Privatisierung**

57 Das Ende des Kalten Kriegs wurde zum Beginn einer
58 Welle neuer Kriege. Der Kampf um die globale Vorherr-
59 schaft, den Zugang zu wichtigen Ressourcen und geopo-
60 litische Kontrolle wird offen militärisch ausgetragen. Die
61 weltweiten Rüstungsausgaben sind auf über 1.000 Mil-
62 liarden Dollar gestiegen. Durch ihre Kolonialgeschichte

1 und den Raubbau an Ressourcen, durch neoliberale Po-
2 litik und Militarisierung in diesen Regionen ist auch die
3 EU erheblich für Armut, Bürgerkriege, Umwelt- und eth-
4 nische Konflikte in einer ganzen Reihe von Weltregionen
5 mit verantwortlich.

6 Eine Umkehr ist nötig. Unsere Außen- und Friedens-
7 politik hat ihre Grundlage im Völkerrecht, strebt nach
8 globaler Gerechtigkeit und der Verwirklichung der
9 Menschenrechte, verlangt Abrüstung und das weltwei-
10 te Verbot von Massenvernichtungswaffen. Nur soziale
11 Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Demokratie
12 garantieren Stabilität und friedliche Zusammenarbeit.

13 - *Deutsche und europäische Außenpolitik muss Frie-*
14 *denspolitik werden:* Wir bekämpfen den Krieg und
15 lehnen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik
16 ab. Die Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinter-
17 ventionen im Ausland eingesetzt werden. Aufgrund
18 vielfältiger Erfahrungen ist die Frage, ob internationa-
19 le Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der
20 UN – wenn es sich um Kampfeinsätze mit Berufung
21 auf Kapitel VII der UN-Charta handelt – unter den ge-
22 gegenwärtigen Bedingungen in regionalen Kriegs- und
23 Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr in ei-
24 ne friedliche Entwicklung beitragen, im Wesentlichen
25 zu verneinen. Die Nutzung von Militärbasen auf dem
26 Boden Deutschlands und in der EU für Aggressions-
27 kriege und menschenrechtsfeindliche Verschleppun-
28 gen muss beendet werden. Militärbündnisse wie die
29 NATO wollen wir überwinden. Die militärischen Poten-
30 ziale Deutschlands und der EU müssen reduziert und in
31 Richtung einer strukturellen Nichtangriffs- und Nichtin-
32 terventionsfähigkeit umgebaut werden. Wir wollen zi-
33 vile Konfliktvorbeugung und -lösung als Alternative zu
34 Kriegseinsätzen. Militäreinsätze sind keine Lösung. Sie
35 sind oftmals Teil des Problems. Deutschland soll auf die
36 Entwicklung und die Produktion von Angriffswaffen ver-
37 zichten, Rüstungsexporte verbieten, die Stationierung
38 von Atomwaffen in Deutschland aufkündigen und Ab-
39 rüstung zur Staatsaufgabe machen, auch durch mutige
40 einseitige Schritte.

41 - *Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung:*
42 Dazu gehören die Kontrolle und Regulierung der inter-
43 nationalen Finanzmärkte, Stopp der Privatisierung der
44 öffentlichen Daseinsvorsorge, Überführung wichtiger
45 Naturre Ressourcen in Staatseigentum, eine umfassende
46 Entschuldung armer Länder, die Anhebung der Entwick-
47 lungshilfe auf über 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts
48 der Industriegesellschaften. Nachhaltige Entwicklung
49 und soziale Rechte müssen Vorrang vor kapitalorien-
50 tierter Liberalisierung haben. Davon muss sich auch die
51 deutsche Politik in den Vereinten Nationen, der WTO
52 und der Weltbank sowie in bilateralen Verträgen und eu-
53 ropäischen Abkommen gegenüber Lateinamerika, Afrika
54 und Asien leiten lassen.

55 - *Demokratisierung der UNO:* Das Ziel der Charta der
56 Vereinten Nationen, eine Welt des Friedens und der
57 Wahrung der Menschenrechte zu erreichen, erfordert
58 die weitere Stärkung und Demokratisierung der UNO,
59 mehr Rechte der Vollversammlung gegenüber den An-
60 sprüchen der Welt- und Großmächte. Verschleppungen,
61 geheime Gefängnisse und Folter sind weltweit zu ächten.
62 Die Koordination der internationalen Anstrengungen für

1 eine gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung sollte
2 bei einer demokratisierten und gestärkten UNO liegen.

3 - *Wandel der Europäischen Union:* Wir treten dafür ein,
4 dass sich die EU von einer europäischen Wirtschafts-
5 und Währungsunion zu einer europäischen Beschäfti-
6 gungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion entwickelt.
7 Wichtige erste Schritte wären ein europäisches Zukunfts-
8 investitionsprogramm für Arbeit und Umwelt und eine
9 Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unterneh-
10 mensgewinnen sowie eine demokratische Kontrolle der
11 Europäischen Zentralbank. Nationalstaaten und Euro-
12 päische Union müssen ein neues Verhältnis eingehen.
13 Der Schlüssel dafür ist die Demokratisierung der Nati-
14 onalstaaten und der EU. Wir lehnen eine Militarisierung
15 der EU ab und fordern die Auflösung von europäischen
16 battle groups, den Verzicht auf europäische Rüstungs-
17 projekte, widersetzen uns europäischen Militäreinsät-
18 zen und treten für eine Auflösung der US-Militärbasen
19 in Europa ein. Notwendig ist eine humane und demo-
20 kratische europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die
21 verhindert, dass Europa immer mehr zu einer Festung
22 gegenüber Menschen aus ärmeren Teilen der Welt aus-
23 gebaut wird.

IV. Für einen Richtungswechsel

30 Noch herrscht der neoliberale Zeitgeist. Streiks gegen
31 Arbeitsplatzabbau, Demonstrationen gegen die Agenda
32 2010 und Hartz IV sowie Wahlerfolge der Linken zeigen,
33 dass dies nicht so bleiben muss. Bürgerinnen und Bür-
34 ger beginnen, sich zu wehren. Es ist die strategische
35 Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräftever-
36 hältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel
37 beizutragen.

38 Deshalb haben wir folgende strategische Ziele:

39 - *Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalis-*
40 *mus und Entwicklung von Alternativen:* Wir setzen der
41 neoliberalen Ideologie alternative Positionen eines an-
42 deren Entwicklungsweges entgegen. Diese werden wir
43 mit den Erfahrungen und Konflikten in den Betrieben
44 und im Alltagsleben verknüpfen und in der öffentlichen
45 Auseinandersetzung populär und offensiv vortragen. Die
46 wirtschaftlichen und sozialen Probleme verstehen wir
47 vor allem als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter
48 Antworten auf die neuen Herausforderungen unter dem
49 Einfluss von Kapitalinteressen sowie als Ausdruck von
50 Krisenprozessen und Widersprüchen, die die kapitalisti-
51 sche Ökonomie hervorbringt. In der öffentlichen Debatte
52 hebt **DIE LINKE** den Widerspruch zwischen einzelwirt-
53 schaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive
54 hervor. Dringlich sind Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit
55 und Aktionen, breit angelegte Bildungsarbeit, Bildung
56 von Netzwerken und die Beteiligung an wissenschaftli-
57 chen Diskussionen.

58 - *Bündnis gegen den Neoliberalismus:* Den neoliberale
59 Einfluss zurückzudrängen wird nur dann gelingen, wenn
60 sich in der Gesellschaft ein breites Bündnis und eine
61 politische Sammlungsbewegung für einen Richtungs-
62 wechsel formieren. Wir gehen von den gemeinsamen

1 Interessen abhängig Arbeitender in Deutschland und
2 im europäischen und internationalen Maßstab aus. Wir
3 wollen zu einem sozialen Bündnis beitragen, das hoch
4 qualifizierte Beschäftigte und Kernebelegschaften wie
5 auch in unsicheren und Teilzeitarbeitsverhältnissen Täti-
6 ge sowie Erwerbslose, Selbstständige und sozial orien-
7 tierte Unternehmerinnen und Unternehmer zusammen-
8 führt. Wir werden Bündnisse gegen Rechtsextremismus,
9 Rassismus und Antisemitismus unterstützen. Wir wollen
10 alle Menschen ansprechen, die sich für soziale Gerech-
11 tigkeit, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden
12 und Erhaltung der Natur einsetzen, unabhängig von ih-
13 rer Herkunft und Weltanschauung.

14 - *strategische Zusammenarbeit*: Die Veränderung der
15 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist nur möglich,
16 wenn sich die politische Linke gemeinsam mit starken
17 Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen
18 und anderen sozialen Bewegungen, mit gesellschaftskri-
19 tischen Initiativen und progressiven Vertretern aus Wis-
20 senschaft und Kultur aktiv gegen den Neoliberalismus
21 und alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft
22 stellt. Als Partei werden wir die Anliegen und Aktivitäten
23 dieser Bewegungen aufgreifen und unsere eigenen
24 Funktionen wahrnehmen. Wir werden unsere Mitglieder
25 bestärken, in diesen Bewegungen aktiv mitzuwirken.

26 - *außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit*:
27 Wir werden Bürgerinnen und Bürger gegen Machtbestre-
28 bungen der herrschenden Klasse mobilisieren und uns
29 für eine neue Sammlungsbewegung einsetzen. Poli-
30 tische Kämpfe und Wahlen dienen uns dazu, unsere al-
31 ternativen Reformprojekte zu vertreten und Mehrheiten
32 für ihre Durchsetzung zu gewinnen. Die parlamenta-
33 rische Arbeit werden wir so gestalten, dass sie der Zu-
34 sammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der
35 Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvor-
36 schläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der
37 Transparenz politischer Prozesse, der Untersuchung des
38 Missbrauchs politischer Macht, der Entwicklung neuer
39 gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer
40 Mehrheiten dient.

41 - *gesellschaftlicher Protest, Entwicklung von Alternativen
42 und Gestaltungsanspruch*: DIE LINKE. wird gesellschaft-
43 lichen Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen
44 und die Entwicklung von Reformalternativen unter den
45 gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und die Ge-
46 staltung von Entwicklungswegen, die über die gegen-
47 wärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen.
48 Keiner dieser drei Aspekte darf zu Gunsten der anderen
49 vernachlässigt werden.

50 - *Regierungsbeteiligung*: Sie ist für DIE LINKE. ein Mittel
51 politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung,
52 wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben
53 sind und wenn DIE LINKE. sich mit alternativen linken
54 Projekten öffentlich erkennbar profiliert. Maßstäbe für
55 Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der La-
56 ge von Benachteiligten und die Verstärkung politischer
57 Mitbestimmung, die Durchsetzung alternativer Projekte
58 und Reformvorhaben. Sie muss die Veränderung der
59 Kräfteverhältnisse nach links und die Einleitung eines
60 Politikwechsels fördern. DIE LINKE. wird in Regierungen
61 dafür eintreten, die öffentliche Daseinsvorsorge ge-
62 gen Privatisierungsstrategien zu bewahren, öffentliche

1 Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht
2 durch Personalabbau zu verschlechtern und Kürzungen
3 sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern. DIE LIN-
4 KE. ist – auch in der Regierung – nur so stark, wie sie
5 in der Gesellschaft verankert ist und gesellschaftliche
6 Unterstützung erfährt. Linke Politik braucht treibende
7 Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische
8 Mobilisierung.

9 - *parlamentarische Bündnisse mit anderen politischen
10 Kräften*: Wir gehen solche Bündnisse ein, wenn dies den
11 von uns angestrebten Richtungswechsel der Politik be-
12 fördert. Wir stehen zugleich für einen neuen Politikstil
13 der Transparenz, des gesellschaftlichen Dialogs und der
14 direkten Bürgerbeteiligung. Den unterschiedlichen Mög-
15 lichkeiten politischen Wirkens auf kommunaler, Landes-,
16 Bundes- und europäischer Ebene werden wir in unserer
17 Politik Rechnung tragen. Entscheidend für die Durch-
18 setzung eines Politikwechsels ist dabei die bundespoli-
19 tische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen,
20 die dafür notwendig sind, hier erfolgen die meisten Wei-
21 chenstellungen.

22 - *Wirken in der Partei der Europäischen Linken*: Die
23 Partei der Europäischen Linken ist ein neuer Faktor im
24 politischen Leben Europas. Ebenso wie unsere Partei
25 in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der
26 Linken und bietet die Möglichkeit, gemeinsam das Kräf-
27 teverhältnis in Richtung eines sozialen, demokratischen
28 und friedlichen Europa zu verschieben.

29 Wir wollen eine Welt schaffen, in der die Würde je-
30 der und jedes Einzelnen wirklich unantastbar ist, in der
31 soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung,
32 Demokratie und Frieden vereint sind, in der die Men-
33 schen im Gleichklang mit der Natur leben. Dazu wirken
34 wir für ein breites Reformbündnis. Gemeinsam streiten
35 wir dafür, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort
36 der Geschichte ist.

V. Nachbemerkung

41 Die vorgelegten „Programmatischen Eckpunkte“ sind in
42 einem intensiven Diskussionsprozess innerhalb der Ge-
43 meinsamen Programmgruppe von Linkspartei.PDS und
44 WASG entstanden. Vielfältige Bemerkungen, Hinweise
45 und Vorschläge aus beiden Parteien wurden in die Erar-
46 beitung einbezogen. Sichtbar wird, dass die „Eckpunk-
47 te“ auf einem soliden Fundament gemeinsamer pro-
48 grammatischer Auffassungen beruhen. Zugleich zeigt
49 sich, dass eine Reihe von Problemen und Fragen weiter
50 diskutiert und Antworten gefunden werden müssen. Als
51 Anregung für die folgenden Debatten zur Programmatik
52 der neuen linken Partei seien einige Fragen benannt:

53 - Welche Möglichkeiten und Instrumente einer Demo-
54 krasierung der Wirtschaft und der Unterwerfung der
55 Verfügungsgewalt über Eigentum unter soziale Kriterien
56 gibt es? Inwieweit müssen dazu auch kapitalistische Ei-
57 gentumsverhältnisse aufgehoben werden? Wie soll eine
58 demokratische Steuerung der Grundlinien wirtschaft-
59 licher Entwicklung realisiert werden?

60 - Was gilt der neuen linken Partei als erstrebenswer-
61 tes Verhältnis von zivilgesellschaftlichem Engagement,
62

- 1 Marktregulation, nationalem Sozialstaat und internatio-
- 2 nalen Institutionen?
- 3 - Kann die Forderung nach Vollbeschäftigung noch ein
- 4 realistisches Ziel alternativer Politik sein? Sind unsere
- 5 politischen Konzepte hinreichend, dieses Ziel zu errei-
- 6 chen?
- 7 - Inwieweit ist der Prozess der Globalisierung demokra-
- 8 tisch und sozial gestaltbar, und welche Möglichkeiten
- 9 hat nationalstaatliche Politik noch?
- 10 - Ist es ausreichend, eine bedarfsorientierte soziale
- 11 Grundsicherung für Menschen in sozialer Not zu for-
- 12 dern, oder ist ein bedingungsloses individuelles Grund-
- 13 einkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen
- 14 und Bürger zu verlangen?
- 15 - Was bedeutet es und was wäre zu leisten, wenn weib-
- 16 liche Autonomie in den Mittelpunkt feministischer sozi-
- 17 alistischer Politik rücken und eine politische Ökonomie
- 18 der Frauenunterdrückung überwunden werden soll, in
- 19 der Frauen mehr arbeiten als Männer, aber als weniger
- 20 produktiv bewertet werden?
- 21 - Mit welchen realen Widersprüchen und Konflikten
- 22 werden wir bei unserem Eintreten für den Erhalt und
- 23 Ausbau öffentlichen Eigentums künftig konfrontiert wer-
- 24 den, und wie verhalten wir uns dazu?
- 25 - Können internationale Militäreinsätze im Auftrag und
- 26 unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bür-
- 27 gerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr zu einer
- 28 friedlichen Entwicklung beitragen? Wäre diese Frage zu
- 29 bejahen: Unter welchen Bedingungen? Wie verhalten wir
- 30 uns dann dazu?
- 31 - Wie stehen Linke in der Menschenrechtsfrage zum Ver-
- 32 hältnis von sozialen und individuellen Bürgerrechten?
- 33 - Begründen wir linke Politik vorrangig aus der Bezug-
- 34 nahme auf die Sorgen und Nöte, Bedürfnisse und Inter-
- 35 essen der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der
- 36 abhängig Arbeitenden und der sozial Benachteiligten,
- 37 oder vorrangig aus Wertorientierungen und politischen
- 38 Zielvorstellungen? Welche Bedeutung hat der Bezug auf
- 39 Klasseninteressen und -kämpfe für unsere Politik?
- 40 - Welches sind die besonderen Aufgaben einer Partei
- 41 im Unterschied zu sozialen Bewegungen? Wie ist das
- 42 Verhältnis zwischen außenparlamentarischer und parla-
- 43 mentarischer Arbeit zu gestalten? Unter welchen Bedin-
- 44 gungen kann sich eine linke Partei an einer Regierung
- 45 auf Landes- bzw. Bundesebene beteiligen?